

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 10.12.2013 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:55

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bovert

**CDU-Fraktion**

Stv. Harald Giebels

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Vertretung für Stv. Rainer Wetterau

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Andreas Wasgien

Vertretung für Stv. Jens Lemke

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Uwe Elker

Vertretung für Stv. Juliane Eichler

Stv. Marion Klaus

Stv. Bernd Stracke

Stv. Ute Wollmann

**FDP-Fraktion**

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Michael Ruppert

Stv. Arnd Vossieg

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch

Stv. Jochen Sack

**UWG-Fraktion**

Stv. Robert Abel

**Schriftführer**

VA Fabian Beyer

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Beigeordnete/r Engin Alparslan

StORR Michael Rennert

StOVR Willi Terhardt

StOAR Bernd Duske  
StOAR Karl-Heinz Groters

**Personalrat**

Frau Susanne Seemann

**Gäste**

Stv. Meike Lukat

**Der Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

**Bgm. vom Bover** erklärt, die folgenden TOP seien von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 18 sei Thema im kommenden Sozialausschuss; TOP 16,17,19 sowie 21-23 würden zur weiteren Beratung in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 geschoben; bei TOP 31 solle das Ergebnis der verbindlichen Auskunft durch die Finanzverwaltung abgewartet werden und werde so lange zurückgestellt.

Weiterhin verweist er auf die Nachträge der Verwaltung unter TOP 5.1, 15.1 und 20 sowie die dazu zusätzlich verteilten Drucksachen zu TOP 20 und 30.

Dem Antrag des **Stv. Abel** den TOP 20 als TOP 2.1 zu beraten, wird ebenso einvernehmlich stattgegeben, wie dem Antrag des **Stv. Giebels** den TOP 15.1 als TOP 2.2 zu beraten, damit die anwesenden Vertreter der Grundschule Unterhaan nicht länger ausharren müssten als notwendig.

## **Öffentliche Sitzung**

- 1./ Beschluss über den Bürgerantrag zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das Grundstück Gemarkung Haan, Flur 26, Flurstück 343, vorgetragen mit Schreiben vom 04.07.2013  
Vorlage: 61/141/2013**
- 

### **Beschluss:**

„Dem Bürgerantrag zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das Grundstück Gemarkung Haan, Flur 26, Flurstück 343, wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage enthalten, wird nicht gefolgt.“

### **Abstimmungsergebnis:**

16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen

## **2./ Bürgerantrag: Änderung der Straßenreinigungssatzung** **Vorlage: 10/182/2013**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Drennhaus** möchte wissen, wie weit die Verwaltung den Datenschutz auslege, da im Mailverkehr mit dem Antragsteller der verantwortliche Sachbearbeiter der Verwaltung geschwärzt worden sei, die Daten des Antragstellers aber sichtbar seien.

**StORR Rennert** erklärt, der Datenschutz verbiete nicht die Namensnennung des Verwaltungsmitarbeiters. Die Namensnennung des Antragstellers sei schon aufgrund seiner Eigenschaft als Antragsteller unvermeidbar.

### **Beschluss:**

„Der Bürgerantrag des Herrn Ulrich Trapp (siehe Anlage 1) wird zur weiteren Beratung an den Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Haan verwiesen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **2.1. Verträge für eine "Sozialpartnerschaft" zwischen der Stadt Haan und Trägern sozialer Einrichtungen in Haan** **/** **- hier: Antrag von Stv. Lukat vom 08.11.2013 + Antrag der AWO Haan vom 26.11.2013**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** erläutert ihren Antrag.

**Stv. Ruppert** bittet die Verwaltung mit den Vereinen zu sprechen und eine Umsetzung im Rahmen eines evtl. Nothaushaltes zu prüfen.

**Stv. Giebels** betont, der Rat habe sich den damaligen Einschnitt in die ehrenamtliche Arbeit nicht leicht gemacht, aber keine Alternative gesehen. Da bei Bestehen eines Nothaushaltes in 2014 ein derartiger Vertragsabschluss wohl rechtswidrig sei, rege die CDU-Fraktion einen Vertragsabschluss mit der AWO noch in 2013 an, um hier für Planungssicherheit auf beiden Seiten zu sorgen. Wichtig sei, sowohl Haushaltsrecht als auch die Verwaltungsökonomie einzuhalten. Die Verwaltung bitte er, entsprechende Wege zur Realisierung aufzuzeigen.

**1. Bgo. Formella** legt dar, der Rat könne im Rahmen des genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2013 noch Verträge abschließen. Im kommenden Haushaltsjahr gebe es nicht zuletzt durch die von der Landesregierung be-

---

schlossene Solidarabgabe und dem damit zu erwartenden Nothaushaltsrecht hierfür keinen Spielraum mehr.

**Stv. Stracke** streicht heraus, die SPD-Fraktion fordere seit Jahren eine Verstetigung der Zuweisungen an die AWO. Die seit Jahr und Tag erbrachten Leistungen der AWO seien durch die Verwaltung nicht zu leisten. Er mache den Vorschlag, einige Spendenprojekte (z.B. Wasser für Pokhara) auf ihre Priorisierung zu überprüfen.

**Stv. Lerch** fragt, ob die Verwaltung die Umstellung auf Leistungsverträge vollzogen habe. Der Vorteil sei, dass man weiß, wofür Geld ausgegeben werde und die empfangenden Vereine hätten Planungssicherheit.

**1. Bgo. Formella** führt aus, die Verwaltung habe bereits viele Leistungsverträge (z. B. im Betreuungsmanagement) abgeschlossen, im Bereich der freiwilligen Zuschüsse sei dies aber nicht der Fall.

**Bgm. vom Bovert** verdeutlicht, dass die Kommune in die finanziellen Lücken springen müsse, die Bund und Land durch ihre Politik öffneten. Er erinnere an die vom Rat verfasste Resolution zur Ausgabendisziplin und die vor der Stadt Haan liegenden Aufgaben. Vor diesem Hintergrund behalte er sich ausdrücklich eine Beanstandung eines solchen Beschlusses vor.

**Stv. Mentrop** stellt die Eckpunkte eines Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion vor. Danach soll die AWO Haan analog zu den Beschlüssen des Kreistages Mettmann auf der Basis der Zahlungen von 2011 für das Jahr 2014 eine einmalige Erhöhung von 5 %, danach für jedes weitere Jahr bis 2018 eine Erhöhung um 1,5 % erhalten.

Nachdem sich Stv. Ruppert der o.g. Anregung des Stv. Stracke anschließt, sagt die Verwaltung zu, nach eingehender Prüfung zu den Haushaltsberatungen 2014 entsprechende Vorschläge zu machen.

**Stv. Giebels** hält den Antrag der Stv. Lukat für zu unbestimmt und formuliert einen abweichenden Antrag, der zur Abstimmung gelangt, nachdem Stv. Lukat ihren Antrag zurückzieht.

**1. Bgo. Formella** weist darauf hin, dass die Bezuschussung abhängig von den im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sei.

### **Beschluss:**

1./ In den Beratungen zum Haushalt 2014 werden für gemeinnützige Vereine und Träger sozialer Einrichtungen Eckpunkte für eine finanzielle Planungssicherheit für einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren beschlossen, die Inhalt für eine Vereinbarung mit der Stadt sein sollen.

2./ Die Arbeiterwohlfahrt, Ortsverband Haan, Breidenhofer Str. 7, erhält auf Antrag vom 26.11.2013 für den Treff „Jung und Alt“ analog zu der vom Kreisausschuss am 18.03.2013 getroffenen Regelung zur Förderung der Seniorenbegegnungsstätten im Kreisgebiet auf der Basis von 2011 (=14.400 €) für 2014 einen um 5 % und für die

---

Jahre 2015-2018 einen um jährlich 1,5 % erhöhten Zuschuss.  
Hierdurch ergeben sich für die Jahre 2014-2018 folgende Zuschüsse:

2014: 15.120 €, 2015: 15.347 €, 2016:15.557 €, 2017:15.811 €, 2018: 16.048 €

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Arbeiterwohlfahrt einen entsprechenden Finanzierungsvertrag zu schließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **2.2. Anmelde- und OGS-Situation am Schulstandort Unterhaan / Antrag der Privaten Kindergruppe Haan e.V. Vorlage: 51/147/2013**

---

### **Protokoll:**

**1. Bgo. Formella** erläutert die Vorlage der Verwaltung. Es sei klar, dass der bestehende Kooperationsvertrag im kommenden Jahr zu modifizieren sei, um in den kommenden Jahren eine finanzielle Perspektive zu erhalten.

**Stv. Sack** erklärt für die GAL-Fraktion, die Zweizügigkeit müsse an diesem Standort gesichert werden und das Angebot des rhythmisierten Ganztages sei ein Erfolg, wie die Anmeldezahlen zeigten. Auch das additive Angebot solle für die Eltern attraktiv gehalten werden.

**Stv. Ruppert** merkt an, dass die finanzielle Unterstützung der Stadt für Aufgaben der Schulträger in den vergangenen Jahren massiv zugenommen habe.

Abschließend berichtet **Stv. Drennhaus** über große Unruhe in der Elternschaft, seit sich die Schulwege durch die Sicherung der Grundstücke verändert haben und damit weniger sicher geworden seien. Er bitte die Verwaltung im Rahmen der Schulwegsicherung zu prüfen, ob die vorhandenen Ampeln noch an der richtigen Stelle platziert seien.

### **Beschluss:**

1. Die Private Kindergruppe Haan e.V. erhält für das Jahr 2014 einen zweckgebundenen Zuschuss für die OGS Leitung an der Grundschule Unterhaan in Höhe von 16.800 EUR. Die weitere Finanzierung ab 2015 soll in der fortzuschreibenden Kooperationsvereinbarung geregelt (s. Ziffer 4) werden.
2. Der Einrichtung einer „additiven“ OGS-Gruppe am Schulstandort Unterhaan zum Schuljahr 2014/2015 wird zugestimmt. Hierfür erhält die Private Kindergruppe Haan e.V. für das Schuljahr 2014/2015 einen Betriebskostenzuschuss

---

in Höhe von maximal 59.320 €.

3. Die finanziellen Auswirkungen sind im Haushaltsplan 2014 und 2015 (siehe Ziffer 1. und 2. des Beschlusssentwurfs) zu berücksichtigen.
4. Die bestehende Kooperationsvereinbarung vom 7.07.2005 / 19.07.2010 ist mit der Zielsetzung einer perspektivischen finanziellen Struktur weiter zu entwickeln.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **3./ Haftmittelnutzung Vorlage: 51/146/2013**

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Elker** erscheint der gewählte Zeitraum der Testphase zu lang.

**Stv. Dr. Gräßler** erläutert, die Verträge enthielten eine Klausel, nach der bei festgestelltem Zuwiderhandeln der Rest der Testphase komplett aufgehoben werden könne.

**Bgm. vom Bover** äußert die Hoffnung, die Unitas werde die gegnerischen Mannschaften überzeugen können, sich entsprechend den Vorgaben der Stadt zu verhalten.

**Stv. Stracke** verleiht seinem Unbehagen Ausdruck, dass die Unitas bewusst die Unwahrheit in Bezug auf die Gegebenheiten für den Haftmitteleinsatz in anderen Hallen der Liga-Gegner dargestellt und damit Druck auf die Politik ausgeübt und die Öffentlichkeit getäuscht habe. Auch andere Städte hätten ihre Gründe für eine solche Ablehnung. Ihm fehle zudem eine Aussage der Verwaltung zu evtl. Bodenbeschädigungen bei der Harzentfernung und der Auswirkung auf die Beschaffenheit und Lebensdauer des Hallenbodens.

**Stv. Sack** erklärt für die GAL-Fraktion die Ablehnung. Nicht zuletzt das Schreiben des Handballverbandes habe große Skepsis hervorgerufen.

#### **Beschluss:**

Das Haftmittelverbot wird für den Meisterschaftsspielbetrieb der 1. Herrenmannschaft der DJK Unitas Haan e.V. (Unitas) in der Sporthalle Adlerstraße bis zum Ende der Spielsaison 2014/2015 aufgehoben und die Nutzung von wasserlöslichem Haftmittel gestattet. Zwecks Umsetzung wird die Verwaltung beauftragt, eine Vereinbarung mit der Unitas auf Basis des dieser Vorlage als Anlage 5 beigefügten Entwurfs abzu-

---

schließen.

Gravierendes Fehlverhalten im Sinne der Ziffer 9 der Vereinbarung für eine Ausnahmeregelung zur Haftmittelnutzung (Anlage 5) liegt u.a. vor, wenn die Unitas die Kosten der Haftmittelbeseitigung nicht innerhalb von 4 Wochen begleicht.

### **Abstimmungsergebnis:**

17 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen

### **4./ Bürgerbeteiligung Vorlage: 10/183/2013**

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Giebels** fragt angesichts eher geringer Beteiligung von Bürgern an von der Stadt angebotenen Bürgerinformationsveranstaltungen, ob wirklich alle Bürger von diesen Möglichkeiten Kenntnis erhalten. Weiterhin müsse die Frage nach der Wahl der richtigen Instrumente gestellt werden.

**Stv. Stracke** vertritt die Auffassung, dass die teils langwierigen Entscheidungsprozesse das Interesse des Bürgers an der Entscheidungsbeteiligung hemmen. Es müsste eine zielgruppenorientierte Ansprache gewählt werden. Vielleicht seien auch die Wochentagabende der falsche Zeitpunkt für viele Interessierte und schlägt einen Samstag als Veranstaltungstag und das World-Café als mögliches alternatives Beteiligungsinstrument vor.

**Stv. Sack** kritisiert die Vorlage, die im Bereich Jugend & Soziales darlege, dass regelmäßig keine Beteiligungsmaßnahmen stattfänden. Er bitte die Verwaltung darzustellen, in welchem Gremium / welchen Gremien dieses Thema vertieft zu beraten sei. Der Rat müsse sich über die gewollte Beteiligungskultur einig werden.

Auch **Stv. Drennhaus** meint, die Vorlage verfehle das Ziel, weil sie lediglich darstelle, was nach dem Gesetz an Bürgerbeteiligung gemacht werden müsse. Er bitte die Verwaltung darum, die Erfahrungen anderer Kommunen zur weiteren Beratung einzubinden.

**Stv. Abel** streicht für die UWG-Fraktion heraus, die von vielen Bürgern empfundene Kluft zwischen sich und der Verwaltung müsse überwunden werden.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird eine Befragung umliegender Kommunen durchführen und die dortigen Erfahrungen mit dem Thema Bürgerbeteiligung und die zu diesem Zweck dort verwendeten Instrumente zu gegebener Zeit im Rat vorstellen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**5./ Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts für die Stadt Haan  
hier: Beschluss des Einzelhandelskonzeptes als städtebauliches Entwick-  
lungskonzept gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB  
Vorlage: 61/142/2013**

---

**Beschluss:**

„Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Haan in seiner Fas-  
sung vom 11.11.2013 wird gemäß § 1 (6) Nr. 11 BauGB als städtebauliches Entwick-  
lungskonzept beschlossen.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**5.1. ÖPNV in der Stadt Haan  
/ hier: Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Kreises Mettmann  
Vorlage: 61/147/2013**

---

**Protokoll:**

**Stv. Giebels** macht für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf geltend. Für die kommen-  
de Sitzung des Rates wünsche man sich aber schon jetzt eine vertiefende Beratung  
zu den Themen

- Auswirkung Tausch SB 50 / 786 und
- Anbindung Krankenhaus Haan an Erkrath.

**Stv. Stracke** erinnert an eine existente Stellungnahme des Arbeitskreises ÖPNV.

**Beschluss:**

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine  
Empfehlung an den Rat verzichtet und eine Beschlussfassung in dieser Sitzung an-  
gestrebt.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

- 6./ Satzung der Stadt Haan über die 17. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für das Jahr 2014  
Vorlage: 60/050/2013**
- 

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „**Gebühren für die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen 2014**“ wird beschlossen.
2. Die „**Satzung der Stadt Haan über die 17. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

- 7./ Satzung der Stadt Haan über die 41. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
Vorlage: 60/051/2013**
- 

**Protokoll:**

**Stv. Holberg** stellt fest, dass die durchschnittliche Gebührensteigerung aller vorgelegten Satzungen für das kommende Jahr etwa 2,5 % betrage und in fast allen Fällen die entfallende Entnahme aus der Sonderrücklage der Grund dafür sei.

**Stv. Drennhaus** fragt, ob es Straßen gebe, die von der Reinigung befreit seien? Er möchte wissen, wie die begleitenden Kosten in solchen Fällen auf die Bürger umgelegt würden.

**StOVR Duske** erläutert, die Kosten der Kleinkehrmaschine z.B. würden auf alle Gebührenzahler umgelegt, auch wenn deren Anliegerstraßen von der Reinigung befreit seien.

**Stv. Drennhaus** sieht darin eine Ungleichbehandlung und vertritt die Ansicht, die Stadt solle einen Teil dieser Kosten selbst tragen.

---

**StOVR Duske** führt aus, eine Gebühr dürfe nur für eine konkrete Gegenleistung der Stadt erhoben werden. Nach neuerer Gesetzgebung sei die Erhebung der Straßenreinigungsgeld für aussetzbar. Der Rat habe sich aber seinerzeit für eine Beibehaltung der geltenden Regelung ausgesprochen.

**Stv. Dr. Gräßler** weist die Verwaltung auf eine offenbare Zahlenunrichtigkeit auf Seite 9 der Vorlage hin.

**StOVR Duske** sagt eine Prüfung bis zur Sitzung des Rates zu.

**Beschluss:**

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet und die Beschlussfassung in dieser Sitzung angestrebt.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

- 8./ Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für das Jahr 2014.  
Vorlage: 60/052/2013**
- 

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „Kanalbenutzungsgebühren 2014“ wird beschlossen.
2. Die Satzung über die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage – Abwassergebührensatzung - wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**9./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren**  
**Vorlage: 60/053/2013**

---

**Protokoll:**

**Stv. Drennhaus** fragt, ob es zutreffe, dass die Verwaltung mehr Arbeitsaufwand durch die Reinigung der Standplätze der Textilsammel-Container habe und ob die selbstständige Altpapiersammlung nur Verluste einfahre. Weiterhin fragt er nach der Höhe der Einnahmen für den gesammelten Elektro-Schrott.

**StOVR Duske** legt dar, dass der höhere Aufwand des Betriebshofes aus der höheren Sammelmenge, nicht aber aus der Säuberung der Standorte der Textilsammel-Container resultiere. Per Gesetz seien die Hersteller zur kostenlosen Rücknahme und Verwertung ihrer ausgedienten Elektroaltgeräte verpflichtet. Im Gegenzug seien die Kommunen dazu verpflichtet, diese Geräte an Sammelstellen von Endnutzern anzunehmen. An s.g. „Übergabestellen“ (für Haan: IDR in Düsseldorf) müssten die Kommunen die eingesammelten Altgeräte zur Abholung durch die Hersteller in Containern bereitstellen. Die Kosten bis zur Einsortierung dieser Geräte in die Container trügen die Kommunen.

Für die Mitnutzung der Altpapier-tonnen streiche die Haan eine Erstattung seitens des DSD (Duales System Deutschland) ein. Verwertungsträger für das gesammelte Altpapier sei der Kreis Mettmann.

**Stv. Kohl** möchte wissen, warum es zu einer Nachzahlung bei einem Betrieb gewerblicher Art gekommen sei.

**StOVR Duske** erklärt, man habe nicht damit gerechnet, steuerpflichtig zu sein.

**Stv. Dr. Gräßler** sind die Verbrennungskosten zu hoch und möchte wissen, wie lange die Verträge noch liefen alternativ ob es eine Möglichkeit gebe, aus dem Vertrag auszusteigen.

**StOVR Duske** kann hierzu keine Auskunft geben, da es sich um Verträge des Kreises Mettmann handelt. Oberste Maxime müsse aber die funktionsfähige Müllabfuhr bzw. -beseitigung sein.

**Stv. Vossieg** erachtet die Kosten des Kreises Mettmann als viel zu hoch. Er bitte die Erhöhung der Verbrennungskosten um 10 € pro Tonne beim Kreis zu hinterfragen und somit Einfluss auf die Gebührenpolitik des Kreises zu nehmen.

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Abfallentsorgungsgebühren 2014" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2014 in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**10./ 2. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Haan  
Vorlage: 10/181/2013**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der als Anlage beigefügten 2. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Haan vom 11.10.2002

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**11./ Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Haan vom 04. Februar  
1998  
Vorlage: 51/141/2013**

---

**Beschluss:**

Der HFA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die „Satzung für das Jugendamt der Stadt Haan vom .....“ in ihrer Neufassung entsprechend Anlage 1 vorbehaltlich der Prüfung zu § 5 Abs. 1 zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**12./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2014  
Vorlage: 23/094/2013**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bover** verweist auf die als Tischvorlage ergänzte neue Fassung der Anlage 1.

**Beschluss:**

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

---

im Jahr 2014 wird die geänderte Fassung der Anlage 1 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

18 Ja- und 1 Nein-Stimme

**13./ Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und Einrichtungen  
Vorlage: 23/096/2013**

---

**Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**14./ Aktualisierung der Richtlinien für die Gewährung von wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung  
Vorlage: 51/143/2013**

---

**Beschluss:**

Die Richtlinien für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung bei außerhäuslichen Unterbringungen gem. den rechtlichen Bestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) werden in der Fassung der Anlage 1 mit Wirkung ab 01.01.2014 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**15./ Betreuungsmanagement - Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V.**  
**Vorlage: 51/140/2013**

---

**Beschluss:**

Der Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V., Johannes-Flintrop-Str. 19, 40822 Mettmann, wird mit der Fortführung des Betreuungsmanagements in den Jahren 2014 und 2015 unter besonderer bzw. verstärkter Berücksichtigung der Flüchtlinge beauftragt. Der Caritasverband erhält für die Jahre 2014 und 2015 ein Entgelt in Höhe von 109.840 Euro / Jahr.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**16./ "Internationale Gärten" - Integration mit Gartenstadtcharakter - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 26.04.2013**  
**Vorlage: 51/136/2013/1**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird von der Verwaltung anlässlich der anstehenden Haushaltsberatungen 2014 wieder aufgenommen und ist heute von der Tagesordnung abzusetzen.

**17./ "Haaner Tafel am Leben erhalten" - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 12.08.2013 - Antrag des SKFM Haan e. V. vom 18.10.2013**  
**Vorlage: 51/133/2013/1**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird Thema in den Haushaltsberatungen 2014 und ist heute von der Tagesordnung zu nehmen.

**18./ "Teilhabe behinderter Menschen in Haan ermöglichen" - Barrierefreie Mobilität - Barrierfrei im Verkehrsraum - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 27.07.2013**  
**Vorlage: 51/134/2013/2**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird Thema in der Sitzung des Sozialausschusses am 12.02.2014 mit einer

---

Stellungnahme der Verwaltung und ist heute von der Tagesordnung zu nehmen.

**19./ Antrag von Stv. Lukat**

**a) Hallenbelegung in den Haaner Sporthallen**

**b) Prüfung einer Nutzung von wasserlöslichen Haftmitteln**

**Vorlage: 51/137/2013**

---

**Protokoll:**

Der TOP a betreffend Hallenbelegung wird Thema in der kommenden Sitzung des Schul- und Sportausschusses und ist heute von der Tagesordnung zu nehmen. Der TOP b ist im Zusammenhang mit den Beratungen zu TOP als erledigt anzusehen.

**20./ "Netzwerk Mensch" - Antrag des SKFM Haan e. V. vom 18.10.2013**

**Vorlage: 51/139/2013**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird in die anstehenden Haushaltsberatungen 2014 einbezogen und ist heute von der Tagesordnung abzusetzen.

**21./ Angleichung der Finanzierung der KJHG/SPFH-Leistungen im Sinne §§ 76, 77 KJHG für den SKFM Haan e.V. nach KGST-Standard - Antrag des SKFM Haan e.V. vom 28.10.2013**

**Vorlage: 51/142/2013**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird in die anstehenden Haushaltsberatungen 2014 einbezogen und ist heute von der Tagesordnung abzusetzen.

**22./ Neue Kindertageseinrichtung Dinkelweg ("Hasenhaus") - Mehraufwand für Ersteinrichtung und Außengelände - Antrag des Caritasverbandes vom 11.10.2013**

**Vorlage: 51/144/2013**

---

**Protokoll:**

Der TOP wird von der Verwaltung in der Januar-Sitzung 2014 des JHA wieder aufgenommen und ist heute von der Tagesordnung abzusetzen.

**23./ Überfälle am Bahnhof Gruiten**

- hier: Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 28.10.2013 + Antwort der Kreispolizeibehörde Mettmann

---

**Protokoll:**

**Stv. Stracke** erklärt, die Thematik sei bereits ausführlich im Sozialausschuss beraten worden, er sehe hier aber vor allem eine Zuständigkeit des HFA.

**Beschluss:**

Die Stellungnahme der Kreispolizeibehörde zu der SPD-Anfrage „Überfälle am Gruitener Bahnhof“ wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**24./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen vor.

**25./ Mitteilungen**

---

**Protokoll:**

Es liegen keine Mitteilungen vor.